

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 02/2012

17.01.2012

01 53. DBB-Jahrestag in Köln mit starker BRH- Abordnung

- 02 dbb fordert konsequenter Altschuldenabbau - Heesen: Soli-Zuschlag umwidmen
- 03 dbb legt bei Mitgliederzahlen weiter zu
- 04 Lebensleistung anerkennen, Altersarmut vermeiden
- 05 DSTG: Miese Stimmung in deutschen Finanzämtern
- 06 Trauer erhöht Herzinfarktrisiko
- 07 Inflation schwächt Kaufkraft der Renter

01 53. DBB-Jahrestag in Köln mit starker BRH- Abordnung

(red) Mit einer starken Abordnung war der Seniorenverband BRH NRW auch in diesem Jahr bei der wiederum politisch hochrangig besetzten 53. Jahrestagung des DBB in Köln vertreten. Die von den Medien stark beachtete Veranstaltung stand unter dem hochaktuellen Motto: "Demografischer Wandel - was ist zu tun?" Die Räumlichkeiten der Kölner Messe boten zudem eine gute Atmosphäre für intensive Gespräche und einen regen Gedankenaustausch über aktuelle Verbandsthemen zwischen den Tagungsteilnehmern. Die Seniorenvertreter (unter anderem die BRH-Bundesvorsitzende Gerti Schäffler-Kroner, sowie die stellvertretende BRH-Bundesvorsitzende Anna-Maria Müller) bekundeten dabei ihre Solidarität mit der aktiven Arbeitswelt. Sie schlossen sich uneingeschränkt der DBB-Meinung an: "Ohne Veränderungen wird der öffentliche Dienst es noch schwerer haben als heute,

junge Menschen für sich zu gewinnen." Der Wettbewerb zwischen der privaten Wirtschaft und dem Staat um den Nachwuchs an Mitarbeitern werde schärfer. Auch bei der Forderung nach großzügigeren Regeln zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekräftigte die BRH-Abordnung ihre unbedingte Unterstützung. Mit Spannung erwarteten die BRH-Vertreter die Ausführungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) zum Renten- und Versorgungsrecht, zumal der BRH-Landesvorsitzende Hans Burggraf die Regierungschefin zuvor mittels eines offenen Briefes nachdrücklich ersucht hatte, unter Bezugnahme auf die Versprechungen der Bundeskanzlerin anlässlich des 9. Seniorentages der BAGSO im Juni 2009 in Leipzig insbesondere auf das Thema „Rentengerechtigkeit“ einzugehen. Leider wurden die Erwartungen enttäuscht. Weder schriftlich noch mündlich erfolgte bis zur Stunde eine Reaktion von Dr. Angela Merkel. In Vertretung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) brachte Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) die Problematik des demografischen Wandels mit der Feststellung auf den Punkt "Wir werden weniger, wir werden älter und wir werden bunter". Das sei eine Herausforderung, "der wir uns stellen müssen".

(Dbb-Aktuell 01/03/2012)

02 ddb fordert konsequenter Altschuldenabbau - Heesen: Soli-Zuschlag umwidmen

Der Solidaritätszuschlag sollte nach Ansicht des ddb Bundesvorsitzenden Peter Heesen zum Schuldenabbau umgewidmet werden. Der Aufbau Ost sei weitgehend abgeschlossen, so der ddb Chef am 27. Dezember 2011 gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin. „Im Westen klagen ja schon viele, dass der Osten besser aufgebaut sei als der Westen. Da kann man auch sagen, wir erheben den Zuschlag weiter - aber nicht mehr als Solidarität mit dem Osten, sondern zum Abbau der Schulden.“ Heesen verwies darauf, dass die Gebietskörperschaften derzeit mit rund zwei Billionen Euro verschuldet sind.

Auch wenn das Thema bei den Bürgern und bei Politikern unbeliebt sei, müsse dringend etwas für den Abbau von Schulden getan werden. Es gebe eine Verpflichtung der jungen Generation gegenüber, wenigstens einen Teil der Schulden abzutragen. Die von der Politik initiierte Schuldenbremse, also die Reduzierung der Neuverschuldung, alleine löse das Problem nicht. „Die Schuldenbremse hätte nur Sinn gemacht, wenn sie das Altschuldenthema mit angefasst hätte. Doch dazu hatte die Politik nicht die Kraft und wohl auch nicht den Mut.“ Doch so entfielen alleine auf die Zinslast horrende Summen.

(dbb –aktuell 3/01/12)

03 ddb legt bei Mitgliederzahlen weiter zu

Der ddb beamtenbund und tarifunion legt bei den Mitgliederzahlen weiter zu. Der gewerkschaftliche Dachverband verzeichnet zum Jahresende 2011 (Stand 1. Dezember) insgesamt 1.265.720 Mitglieder.

„Das bedeutet: Wir konnten gegenüber dem Vorjahr erneut Mitglieder hinzugewinnen – und zwar genau 4.746“, sagte dbb Chef Peter Heesen. „Darin sehen wir eine deutliche Anerkennung unserer erfolgreichen Arbeit als große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Zugleich ist uns das Vertrauen der Menschen Ansporn für die Meisterung künftiger Aufgaben“, fügte Heesen hinzu und verwies auf die Einkommensrunde 2012 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen.

Von den 1.265.720 Mitgliedern sind 907.645 Beamte (2010: 905.747) und 358.075 Angestellte (2010: 355.227). In den Reihen des dbb organisiert sind nun 397.349 Frauen (2.333 mehr als im Vorjahr) und 868.371 Männer (ein Zuwachs um 2.413 gegenüber 2010).

(Quelle: dbb 04/01/12)

04 Lebensleistung anerkennen, Altersarmut vermeiden

Seniorenverbände definieren gemeinsame Leitlinien für eine Alterssicherungspolitik, die eine soziale Balance sucht sowohl zwischen den Generationen als auch innerhalb der Generationen.

In einem Grundsatzpapier fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die über ihre 109 Mitgliedsverbände rund 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, die politisch Verantwortlichen auf, die dramatische Absenkung des Rentenniveaus aufzuhalten.

In dem Papier werden die Auswirkungen der im Jahr 2001 beschlossenen Rentenreform beschrieben. So haben die Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) innerhalb von zehn Jahren einen Kaufkraftverlust von 8 % erlitten. Die Erwerbsminderungsrenten sind sogar nominal gesunken. Die Zahl der Leistungsbezieher von Grundsicherung im Alter ist zwischen 2003 und 2010 um 60 % gestiegen.

Am Ende der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung wird ein Durchschnittsverdienner nach 35 Beitragsjahren einen Rentenanspruch haben, der die Höhe dieser Grundsicherung nicht übersteigt. Die Sorge der BAGSO-Verbände gilt daher nicht allein den Rentnerinnen und Rentnern von heute, sondern stärker noch den künftigen Rentnergenerationen.

Da betriebliche und private Alterssicherungssysteme nicht für alle Beschäftigten zugänglich bzw. erschwinglich sind, können sie nur eine ergänzende Funktion haben. Und selbst dort, wo sie genutzt werden, können sie die in der GRV entstehenden Lücken nicht vollständig schließen. Das Risiko der Erwerbsminderung wird in diesen Systemen meist gar nicht oder nur unzureichend abgesichert.

Kernforderung der Seniorenverbände ist, die Lebensstandardsicherung für die Rentnerinnen und Rentner von heute und morgen wieder in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. „Die solidarische Rentenversicherung muss auch in Zukunft mehr

sein als eine Armut vermeidende Grundsicherung. Nur wenn die Rentenleistungen nach einem erfüllten Arbeitsleben deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen, behält die gesetzliche Rentenversicherung ihre Legitimation“, so die Vorsitzende der BAGSO und ehemalige Bundesfamilienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr.

Weitere Informationen: Ursula Lenz, Pressereferentin; Tel.: 02 28 / 24 99 93 18, Fax: 02 28 / 24 99 93 20; E-Mail: lenz@bagso.de

(Quelle : BAGSO 1/12)

05 DSTG: Miese Stimmung in deutschen Finanzämtern

In einem Schreiben an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, auf eine „außerordentliche schlechte Stimmung“ in den deutschen Finanzämtern hingewiesen. Grund dafür seien die massiven Probleme im Zusammenhang mit der Ablösung der Papier-Lohnsteuerkarte und der Einführung so genannter „Elektronischer Lohnsteuerabzugsmerkmale“ –kurz: ELStAM. Die Einführung von ELStAM musste vor kurzem nun schon zum zweiten Mal um ein Jahr verschoben werden.

Eigenthaler beklagte, dass die Finanzämter mit massiver Zusatzarbeit überschüttet würden, ohne dass dies bei der Personalbemessung berücksichtigt worden sei. So sei die Aufgabe „Pflege der Abzugsdaten“ über Nacht einfach von den Kommunen auf die Finanzämter übertragen worden - ohne jeden Personalausgleich. In den Finanzämtern stünden die Steuerzahler deshalb Schlange und müssten lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Telefonleitungen seien oft stundenlang blockiert.

Hinzu komme noch massiver Ärger mit falschen Informationsschreiben an die Steuerzahler. Auslöser seien falsche Datenlieferungen von den Kommunen, wofür die Finanzämter nicht die geringste Verantwortung trügen. Sie seien jetzt die Sündenböcke. Auf rund 600 Finanzämter prasselten derzeit Hunderttausende von Beschwerden der Steuerzahler nieder, die bearbeitet werden müssten, so Eigenthaler in seinem Schreiben vom 15. Dezember 2011. Folge sei, dass viele Steuererklärungen unbearbeitet liegen blieben oder nur unzureichend bearbeitet werden könnten.

(Quelle: dbb 11/01/12)

06 Trauer erhöht Herzinfarktrisiko

Der Verlust eines geliebten Menschen lässt das Infarktrisiko stark ansteigen. Am Todestag steigt das Infarktrisiko um das 21-fache der normalen Wahrscheinlichkeit an. Im Verlauf eines Monats sinkt es langsam wieder ab. Als Ursachen werden genannt, der erhöhte Blutdruck nach einem Trauerfall, eine zunehmende Zahl von Stresshormonen, eine stärkere Blutgerinnung, Schlaf und Essstörungen sowie Medikamentenmissbrauch.

(Die Welt vom 11.1.12)

07 Inflation schwächt Kaufkraft der Renter

(red/pr) Die Inflation hat im vergangenen Jahr die Kaufkraft der Renter weiter geschwächt. Preisbereinigt - nach Abzug der Teuerung - hatten die rund 20,5 Millionen Rentner 2011 nach Zahlen des Hamburgischen Weltwirtschafts-Institut (HWWI) 1,8 Prozent weniger im Geldbeutel. Insgesamt sei die Kaufkraft der Rentner damit seit 2004 um 8,8 Prozent gesunken.

(BRH-NRW Infodienst 03/12)